

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales, Seniorinnen und Senioren
Herrn Daniel Bauer-Dahm

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 16.08.2022

AN/1401/2022

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren	18.08.2022

Inflation und steigende Energiekosten: Energiehilfsfonds schnell umsetzen und weitere Maßnahmen gegen Energiearmut einleiten

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragstellenden bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung des Ausschusses am 18.08.2022 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren des Rates bittet die Stadtverwaltung, bis zur Sitzung des Rates der Stadt Köln am 8. September ein Verfahren zu erarbeiten, wie die Bedürftigkeitsprüfung für den von der RheinEnergie zur Verfügung gestellte Härtefallfonds in Höhe von einer Million Euro organisiert und durchgeführt werden kann. Bis zum Abschluss dieser Prüfung finden keine Energiesperren für Betroffene statt. Die Stadtverwaltung muss hierfür transparente Kriterien entwickeln, wer Hilfe aus dem Härtefallfonds erhalten kann. Dabei ist sicherzustellen, dass für diese Aufgabe und für die Bearbeitung der Anträge der Hilfsbedürftigen genügend Personalressourcen vorhanden sind. Die Mittel müssen in einem schnellen und unbürokratischen Verfahren vergeben bzw. in einem mit der Rheinenergie abgestimmten Verfahren verrechnet werden können.
2. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren fordert die Verwaltung auf, auf eine ähnliche Lösung für Kund*innen anderer Energieversorger hinzuwirken. Dieser Härtefallfonds soll sich aus Beiträgen der anderen Energieversorgungsunternehmen bzw. aus städtischen Mitteln speisen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren fordert die NRW-Landesregierung auf, sich finanziell an den Not- und Hilfsfonds gegen Energiearmut

zu beteiligen. Angekündigte Hilfen auf Bundesebene sind so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen.

Begründung:

Insgesamt eine Million Euro stellen die Stadtwerke Köln zur Verfügung, um die Haushalte zu unterstützen, die ihre gestiegenen Heiz- und Stromkosten nicht mehr aus eigener Kraft bezahlen können. Damit wird eine Lösung geschaffen, dass Kund*innen der RheinEnergie in Härtefällen Hilfen erhalten können. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings sehen wir angesichts der massiven Inflation und der horrenden Steigerungen alltäglicher Lebenshaltungs- sowie Energiekosten weitere Kölner Haushalte gefährdet, in die Armut abzusinken. Für Kund*innen anderer Energieversorger braucht es ebenfalls Lösungen in Härtefällen. Damit soll Menschen insbesondere mit geringen Einkommen, wie z. B. Köln-Pass-Berechtigte, finanziell geholfen werden.

Wenn von Versorgerseite entsprechende Härtefalllösungen nicht zustande kommen, bedarf es letztlich einer Notfallhilfe der Stadt Köln.

Die neuen Herausforderungen können nur bedingt und schon gar nicht dauerhaft mit Mitteln der „klammen“ Kommunen bestritten werden. Deshalb fordern wir weitere Mittel der Bundesregierung und dass sich die Landesregierung mit klaren, einfachen und ausreichenden Maßnahmen an den Härtefallfonds in NRW beteiligt.

Begründung der Dringlichkeit:

In den letzten Tagen hat die RheinEnergie die ersten Briefe mit den erhöhten Abschlagsforderungen an die Kölner Haushalte verschickt. Die Preisexplosion bei den Energiekosten bedroht auch den Mittelstand in besonderer Weise. Die Kund*innen der RheinEnergie müssen Kostensteigerungen von über 130% verkraften. Auch andere Energieversorger werden die Preise erhöhen. Es ist daher dringlich, dass die Stadtverwaltung keine Zeit mehr verliert und gemeinsam mit den bewährten Trägern der sozialen Arbeit eine reibungslose und unbürokratische Umsetzung des Energiehilfsfonds organisiert sowie weitere Hilfsmaßnahmen in die Wege leitet. Dies alles muss noch vor Beginn der Heizperiode auf den Weg gebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE